

**An die Stadtverwaltung Tübingen**

Tübingen, den 09.12.16

**Betreff: Jugendliche im öffentlichen Raum**

**Antrag**

- i) Gründung eines Runden Tisches/eines Netzwerkes zum Thema „Jugendliche im öffentlichen Raum“.
- ii) Vorbereitung einer Erhebung der Brennpunkte in Tübingen als Grundlage für eine Antragsstellung beim Sozialministerium auf die Nachfolge des Programms „Junge Menschen im öffentlichen Raum – Prävention von riskantem Alkoholkonsum“.

**Begründung**

Ordnungsstörungen in der Platanenallee und an anderen Brennpunkten in der Stadt, sind nicht alleine durch die Erhöhung des Kontrolldrucks in den Griff zu bekommen, vielmehr benötigt es ein abgestimmtes, ganzheitliches Vorgehen. Die Landesregierung hat dazu Förderprogramme für Kommunen aufgelegt, z.B. das Programm „Junge Menschen im öffentlichen Raum – Prävention von riskantem Alkoholkonsum“. Im Rahmen dieses Programmes konnten Kommunen auch bei der Erstellung eines kommunalen Gesamtkonzeptes für den Umgang mit problematischem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum Unterstützung erhalten. Das Förderprogramm ist inzwischen ausgelaufen, ein neues Programm soll vermutlich Anfang 2017 aufgelegt werden. Das Programm gilt als erfolgreich, einige Kommunen haben ein solches Gesamtkonzept entwickelt und daraus abgeleitete Maßnahmen umgesetzt, die beträchtlich bezuschusst wurden und deutliche Erfolge zeigten. Auch der Landkreis hat Erfahrungen mit diesem Programm. Die Stadt Tübingen hat von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht, obwohl das Programm ideal auf Tübingen zugeschnitten zu sein scheint und man beim Lesen der Vorstellung des Programms das Gefühl erhält, der Autor/die Autorin beschreibt die Situation auf der Platanenallee. [https://www.starthilfe-praevention.de/pdf/Foerderprogramm\\_2015.pdf](https://www.starthilfe-praevention.de/pdf/Foerderprogramm_2015.pdf)

Wir möchten nun die Stadt auffordern, sich für die nächste Fördertranche vorzubereiten, die voraussichtlich den Fokus noch breiter anlegt und nicht nur auf das Alkoholthema zuspitzen wird. Dazu ist es notwendig, dass die Stadt einen Runden Tisch/ Netzwerk zum Thema gründet, der alle betroffenen Akteure einbezieht (Mobile Jugendarbeit, Jugend- und Suchthilfe, Kommunaler Ordnungsdienst, Landkreis, Polizei, Stadtplanung, Gastronomie, Schulen etc.). Als nächster Schritt empfiehlt der Zuschussgeber – das Sozialministerium -, eine Erhebung der Brennpunkte durchzuführen. Die Instrumente dafür (Fragebögen etc.) wurden schon in einigen Kommunen (Göppingen, Nürtingen etc.) angewandt und könnten ohne großen Aufwand übernommen werden.

**Vorlage 542/2016**

Als Ansprechpartner für das gesamte Vorgehen empfehlen wir der Stadtverwaltung Dr. Gabriele Stumpp, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Tübinger Institut für Erziehungswissenschaften. Frau Stumpp ist eine exzellente Kennerin der Tübinger Jugendszene und der Brennpunkte, sie berät außerdem das Sozialministerium bei der Ausgestaltung der Förderprogramme (Gabriele.Stumpp@uni-tuebingen.de).

Für die AL/Grüne Fraktion Annette Schmidt